

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
A. Einleitung und Problemstellung	15
B. Historischer Rückblick: Frauenwählbarkeit als Recht und Chance in der verfassungspolitischen Diskussion bis 1949	19
I. Erste parlamentarische Verhandlungen bis 1871	19
II. Die Entwicklung zur Einführung des Frauenwahlrechts	22
1. Die Verhandlungen des Reichstags über das Frauenwahlrecht und der Aufruf.....	23
2. Die außerparlamentarische Bewegung für das Frauenwahlrecht.....	30
3. Die rechtliche Verbürgung des Frauenwahlrechts in der Weimarer Reichsverfassung	43
III. Die Verhandlungen des Parlamentarischen Rates über die Gewähr tatsächlicher Chancengleichheit für Frauen im Wahlrecht.....	45
C. Der Gesetzgebungsauftrag zur Herstellung tatsächlicher Wahlgleich- heit von Frauen	48
I. Zum Verhältnis des Gleichberechtigungsgrundsatzes in Art. 3 II GG und der Wahlgleichheit in Art. 38 I 1 GG	49
II. Der Gleichberechtigungsgrundsatz in Art. 3 II GG.....	51
1. Art. 3 II GG als Differenzierungsverbot	51
2. Art. 3 II GG als Gesetzgebungsauftrag zur Herstellung rechtlicher Gleichheit von Frauen und Männern	53
3. Art. 3 II GG als Gesetzgebungsauftrag zur Herstellung tatsäch- licher Gleichheit von Frauen und Männern	55

III. Die Wahlgleichheit als Normierung tatsächlicher Gleichheit von Frauen bei Wahlen	62
1. Bisheriger Diskussionsstand zur tatsächlichen Chancengleichheit im Wahlrecht.....	63
2. Grundsätzliche Zusammenhänge für die Auslegung der Wahlgleichheit	66
3. Wahlgleichheit, repräsentative Demokratie und Repräsentanz von Frauen im Parlament.....	67
a) Theorien zur parlamentarischen Repräsentation	68
aa) Die formale Repräsentationstheorie.....	68
bb) Die materiellen Repräsentationstheorien	69
(1) Repräsentation und ideelle Einheit.....	69
(2) Repräsentation und Parteienstaat	74
(3) Repräsentation und Demokratie.....	77
(4) Repräsentation und Pluralismus.....	80
cc) Zusammenfassende Stellungnahme Repräsentation im Sinne einer tendenziell gleichmäßigen Repräsentanz gesellschaftlicher Gruppen	85
b) Gruppenrepräsentation und parlamentarische Vertretung von Frauen	89
c) Die Wahlgleichheit nach Maßgabe der Gruppenrepräsentation	97
4. Zusammenfassung.....	97
IV. Zur Verpflichtung des Gesetzgebers	98
D. Maßnahmen zum Abbau der Unterrepräsentanz von Frauen im Bundestag	102
I. Einführung der reinen Verhältniswahl.....	102
II. Grundlagen möglicher Reformen innerhalb der Listenwahl.....	105

III. Möglichkeiten der Personenwahl im Rahmen des Listensystems	106
1. Kumulieren und Panaschieren	107
a) Die gesetzlichen Regelungen in Bayern, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen	107
b) Analyse der Auswirkungen des Kumulierens und Panaschierens auf den Wahlerfolg von Frauen	109
2. Das begrenzt-offene Listensystem.....	117
a) Die gesetzliche Regelung der Landtagswahl in Bayern	117
b) Analyse der Auswirkungen des begrenzt-offenen Listen- systems auf den Wahlerfolg von Frauen.....	118
3. Zusammenfassung.....	120
IV. Zur Quotenregelung im Wahlrecht.....	122
1. Mögliche Inhalte von Quotenregelungen.....	122
a) Systematik von Quotenregelungen nach Regelungs- gegenstand, rechtlicher Verbindlichkeit und Bezugsgrößen.....	122
b) Quotenregelungen für Wahlen in der politischen Diskussion ..	123
c) Formulierung einer Quotenregelung als Arbeitshypothese	125
2. Geschlechtsalternierende Quotenregelung und der Grundsatz der gleichen Wahl	126
a) Schutzbereich der Wahlgleichheit	126
b) Eingriffe in die Wahlgleichheit.....	126
aa) im Zeitpunkt der Kandidatenaufstellung.....	127
bb) im Zeitpunkt der Wahl	131

c)	Legitimation der Eingriffe	132
aa)	Zulässige Einschränkungen der Wahlgleichheit.....	132
bb)	Die Wahlgleichheit im Sinne tatsächlicher Wahlgleichheit von Frauen	133
(1)	Problematik der gegenseitigen Einschränkung von Wahlgrundsätzen, insbesondere der Wahlgleichheit zu sich selbst	133
(2)	Verhältnismäßigkeit der Quotierung.....	136
3.	Geschlechtsalternierende Quotenregelung und der Grundsatz der freien Wahl	140
a)	Schutzbereich der Wahlfreiheit	140
b)	Eingriffe in die Wahlfreiheit.....	141
aa)	im Zeitpunkt der Kandidatenaufstellung.....	142
bb)	im Zeitpunkt der Wahl	143
c)	Legitimation der Eingriffe	144
4.	Geschlechtsalternierende Quotenregelung und Parteienfreiheit	144
a)	Schutzbereich der Parteienfreiheit	144
b)	Eingriffe in die Parteienfreiheit	146
c)	Legitimation der Eingriffe	146
aa)	Die Wahlgleichheit im Sinne tatsächlicher Wahlgleichheit und das innerparteiliche Demokratiegebot.....	147
bb)	Die Vermittlungsfunktion der Parteien.....	149
cc)	Verhältnismäßigkeit der Quotierung.....	150
5.	Zusammenfassung.....	151
V.	Durchsetzbarkeit der geschlechtsalternierenden Quotenregelung	152
VI.	Schluß.....	153
	Schrifttumsverzeichnis.....	155